



FOTO: GERT-UWE MENDE

KONKRETE LÖSUNGEN ZUR BEWÄLTIGUNG DER FLÜCHTLINGSKRISE ERWARTET THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL VON MINISTERPRÄSIDENT BOUFFIER UND DER LANDESREGIERUNG.

SICHERER HAFEN FÜR FLÜCHTLINGE

Mit vereinten Kräften müssen nach Ansicht des hessischen SPD-Fraktionsvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel schnelle und stabile Lösungen zum Umgang mit der Flüchtlingskrise gefunden werden. „Im Mittelpunkt muss stehen, den Menschen, die häufig unter Lebensgefahr zu uns geflohen sind, einen sicheren Hafen zu bieten.“ Es gelte, auch die Sorgen und Ängste der Bevölkerung ernst zu nehmen. „Es ist keine Schande, sich und anderen diese Fragen zu stellen. Es wäre aber eine Schande, wenn die Antwort darauf Ablehnung und Ausgrenzung der Hilfesuchenden wäre“, sagte Schäfer-Gümbel in der Erwiderung auf die Regierungserklärung von Ministerpräsident Volker Bouffier. Leider sei die Regierungserklärung in weiten Teilen schwammig geblieben. „Herr Bouffier hätte klar sagen müssen, was bei Kinder-

gärten, Schulen, Arbeit, Wohnen und Sicherheit geschehen muss.“ Dabei sei eine wichtige Voraussetzung, dass unterschiedliche Bevölkerungsgruppen nicht gegeneinander ausgespielt würden. „Die Landesregierung muss die Unterbringung der Flüchtlinge in festen Quartieren voranbringen. Eine Unterbringung in Zelten ist auf Dauer, gerade im Winter, nicht hinnehmbar. Außerdem ist es dringend nötig, den Kommunen für die dauerhafte Unterbringung von Flüchtlingen endlich auskömmliche Pauschalen zu zahlen“, forderte Schäfer-Gümbel. Er dankte besonders den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helferinnen und Helfern. „Sie sind das Rückgrat der Flüchtlingsarbeit in diesen Monaten. Sie haben in den vergangenen Wochen Deutschland ein freundliches, ein warmherziges Gesicht gegeben.“

ANFORDERUNGEN AN DAS LAND FORMULIERT

Die SPD-Fraktion hat zur Flüchtlingsdebatte einen umfassenden Antrag eingebracht, der durchdekliniert, was die unterschiedlichen politischen Ebenen – von den Städten und Kreisen bis Europa – zur Lösung der Flüchtlingskrise beitragen können und müssen. Als zentrale Forderungen an die Landespolitik werden darin folgende Ansprüche formuliert:

- Erstaufnahme in festen Quartieren, da Zeltstädte gerade im Winter nicht akzeptabel sind. Die Prüfung möglicher Standorte muss zügig zu Ergebnissen führen.
- Das Land muss den Kommunen für die dauerhafte Unterbringung von Flüchtlingen endlich auskömmliche Pauschalen zahlen.
- Mehrausgaben der Kommunen für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen müssen ohne Kompensation an anderer Stelle möglich sein.
- Mehr Unterstützung des Landes für Kommunen mit Erstaufnahmeeinrichtungen, insbesondere bei Infrastruktur und Sicherheit.
- Verbindliche Standards für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen.
- Die Kommunen müssen über die Zuweisung von Flüchtlingen – auch in der Notaufnahme – rechtzeitig, umfassend und verlässlich informiert werden.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

40.000 SOZIALWOHNUNGEN FEHLEN

„Die Landesregierung bekommt die Probleme Wohnungsmangel und überteuerter Wohnraum nicht in den Griff. Nach wie vor fehlen in Hessen 40.000 Sozialwohnungen.



Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen können sich in den Städten kaum noch eine Wohnung leisten. In Zukunft müssen

aber auch noch zusätzlich Flüchtlinge untergebracht werden. Wir dürfen die Wohnungssuchenden jetzt nicht auseinanderdividieren, sondern wir müssen das Problem lösen“, sagte der wohnungsbaupolitische Sprecher **Michael Siebel**.

KURHESSENBAHN

Die SPD-Landtagsabgeordnete **Dr. Daniela Sommer** hat die Reaktivierung der Kurhessenbahn zwischen Frankenberg und Korbach als „sinnvollen Beitrag zum Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs in der Region“ bezeichnet. Ein guter ÖPNV sei

gerade in ländlichen Gebieten äußerst wichtig, damit junge und



ältere Menschen langfristig mobil bleiben könnten. Hätte man die Bahnstrecke schon vor Jahren reaktiviert, hätte man hier viel Geld sparen können.“

KEIN AUSVERKAUF

Der wirtschafts- und verkehrspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Uwe Frankenberger** hat das Engagement des Flughafenbetreibers Fraport in Griechenland als sinnvoll bezeichnet. „Wir nehmen die Menschen, die sich um den Ausverkauf der griechischen Infrastruktur sorgen, sehr ernst. Und wir kommen nach Auswertung der Fakten zu dem Schluss: Das Engagement von Fraport bei 14 griechischen Flughäfen ist sinnvoll und nützlich.“



AL-WAZIR KNEIFT

Das demonstrative Fernbleiben von Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir beim Spatenstich für das neue Terminal 3 am Frankfurter Flughafen sieht **Marius Weiß** als weiteres Zeichen dafür, dass die Luftverkehrswirtschaft in der Wirtschaftspolitik der Landesregierung keine Rolle spiele. „Das Kneifen des grünen Wirtschaftsministers vor dem Start dieser Investition an Hessens größter Arbeitsstätte mag ein Signal an seine grüne Funktionärsbasis sein, als Signal an den Wirtschaftsstandort ist es fatal.“



EINHEIT EIN GLÜCKSFALL

Der SPD-Landtagsabgeordnete **Lothar Quanz** hat die Deutsche Einheit als Glücksfall der Geschichte gewürdigt. „Wir blicken zurück in Dankbarkeit auf die friedliche Revolution und sind gleichzeitig stolz auf die Menschen, die mit ihrer Zivilcourage die Mauer zum Einsturz brachten und somit das Tor zur Wiedervereinigung aufstießen“, sagte Quanz. Er mahnte eine stetige Belebung des Geistes der Demonstranten von 1989 und den Sieg der Freiheit über die Diktatur an. Gleichzeitig bleibe ein andauernder Auftrag an alle Demokraten: „Wir sind ein Volk, für das Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit die Grundlagen praktische Politik sind.“



DIE SPD-VORSITZENDEN VON HESSEN UND THÜRINGEN, THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL UND ANDREAS BAUSEWEIN, HABEN GEMEINSAM MIT VIELEN ANDEREN SOZIALDEMOKRATINNEN UND SOZIALDEMOKRATEN IN EINER FEIERSTUNDE IM GRENZMUSEUM SCHIFFLERSGRUND DER WIEDERVEREINIGUNG VOR 25 JAHREN GEDACHT.

FOTO: GRENZMUSEUM

LANDESHAUSHALT 2016

SCHWARZ-GRÜN IM GEIST VON ROLAND KOCH

Als ambitionslos und infrastrukturefeindlich sieht der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Norbert Schmitt den Entwurf des Landeshaushaltes für das Jahr 2016. „Er dokumentiert, dass der Regierungswechsel von Schwarz-Gelb zu Schwarz-Grün keinen neuen Schwung und keine Veränderungen in den Grundlinien der Politik in Hessen bringen wird. Der Geist von Roland Koch regiert weiter“, sagte Schmitt.

Auf der Positivseite stehe zwar das Sozialbudget. „Aber es täuscht mehr vor, als es ist. Es bleibt eine Mogelpackung. Viele Bereiche, die Opfer von vor Roland Kochs „Operation Düstere Zukunft“ waren, zum Beispiel die Erziehungs-



FOTO: MARTINA HAUS-DAVID

beratung oder die Obdachlosenhilfe, bleiben nach wie vor ohne Landeszuschuss.“

Im Umweltbereich gebe es ebenfalls keine bedeutende Fortentwicklung, so stammten alle Ener-

gieprogramme aus der Zeit von Schwarz-Gelb von 2010 bis 2013. Zudem würden die Beamten, wie ehemals in der Koch-Ära, weiterhin gepiesackt. Es gebe keine Gehaltssteigerung, nicht einmal in den unteren Bereichen, dafür Mehrbelastungen, beispielsweise bei der Beihilfe, sowie unzählige Überstunden und eine Erhöhung der Arbeitsintensität.

Mit der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleiches (KFA), der 2016 erstmals kassenwirksam umgesetzt werde, gäben CDU und Grünen den Kommunen Steine statt Brot. Die Kommunen in Hessen seien unterfinanziert und die Landesregierung unternehme nichts Entscheidendes dagegen.

TIERVERSUCHE ABSCHAFFEN

Die tierschutzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Regine Müller hat sich über die Zahl der in Tierversuchen verwendeten Tiere besorgt gezeigt. „Andere Bundesländer leisten in diesem Bereich mehr. Tierschutz genießt in Hessen Verfassungsrang. Wir können und dürfen es uns bei diesem Thema nicht einfach und auch nicht billig machen“, sagte Müller. Langfristig müsse es darum gehen, alle Tier-



versuche überflüssig zu machen und etwa durch Computersimulationen zu ersetzen. „Wir haben es schließlich mit empfindungsfähigen Lebewesen zu tun, die um ihrer selbst willen schützenswert sind.“

HESSEN HINTEN BEI TRANSPARENZ

Besseren Einblick von Bürgerinnen und Bürgern in Verwaltungshandeln will die SPD-Fraktion mit einem Hessischen Transparenzgesetz erreichen, das jetzt im Landtag eingebracht worden ist. „Damit will die SPD-Fraktion den dringend notwendigen besseren Informationszugang der Bevölkerung gewährleisten, damit sich die Bürger zügig und ohne Blockade über die Inhalte von Akten der öffentlichen Verwaltung informieren können“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph. Auf Bundesebene und in 11 Bundesländern gebe es bereits Transparenz- oder Informationszugangsgesetze, Hessen sei Schlusslicht.



ZUKUNFT FÜR MILCHBAUERN

Angesichts der Milchkrise muss aus Sicht des SPD-Abgeordneten Heinz Lotz die Existenzfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Milcherzeuger gesichert werden. „Es muss möglich sein, mit der Milchproduktion ein angemessenes Einkommen zu erzielen.“ Langfristig müsse dafür die Position der Milcherzeuger in der Lieferkette gestärkt werden. „Selbst der kleinste Milchbauer ist am Ende ein Global Player. Die hessischen Betriebe sind in Deutschland und auf dem Weltmarkt erheblicher Konkurrenz ausgesetzt.“ Deshalb spreche sich die SPD für eine europäische Lösung aus, für die sich Hessen stark machen müsse.



HESSENS SCHULEN SCHLECHT GERÜSTET

Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Christoph Degen hat die Landesregierung dafür kritisiert, dass sie die großen bildungspolitischen Herausforderungen „mit gebremstem Eifer“ angehe.

„Inklusion, Ganztagsausbau, Sprachförderung oder die Beschulung von geflüchteten und zugewanderten Kindern und Jugendlichen sind zu schaffen, wenn dafür ausreichende Ressourcen zur Verfügung stehen. Die hessischen Schulen können mehr, sind aber zu schlecht für die Aufgaben gerüstet“, sagte Degen.

Zum Schuljahresbeginn habe die Landesregierung die Handbremse angezogen und massiv Stellen in der gymnasialen Oberstufe, den beruflichen Gymnasien und an Grundschulen gekürzt. CDU und Grüne hätten die Integrations- und Inklusionsmaßnahmen verschlechtert und Förderstunden abgebaut. Ein solcher bildungspolitischer Kurs sei grob fahrlässig und ein weiterer Rückschritt mit Blick auf die Bildungsgerechtigkeit in Hessen.



EXPERTEN ZUM THEMA INKLUSION HATTE DIE SPD-FRAKTION ZU EINEM FACHGESPRÄCH IM LANDTAG EINGELADEN.

FOTO: GERT-UWE MENDE

Degen forderte die Landesregierung auf, die Zahl der Lehrkräfte drastisch anzuheben und eine massive Fortbildungsinitiative für Deutsch als Zweitsprache zu starten. Der SPD-Bildungsexperte verlangte mehr Bewegung und Konzepte statt weiter nur abzuwarten und sich nur auf das Notwendigste zu beschränken.

ZU WENIG FRAUENFÖRDERUNG

Die SPD-Landtagsabgeordnete Ulrike Alex hat den 5. Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes als Beleg dafür gewertet, dass die Gleichberechtigung im Öffentlichen Dienst des Landes Hessen nur geringe Fortschritte mache. „Noch sind Teilzeitarbeitsplätze weitgehend von Frauen

besetzt, mit der Folge geringeren Einkommens, einer schlechteren Altersversorgung und geschmäleren Aufstiegschancen. Auch im Bereich der Führungspositionen sind Frauen nach wie vor erheblich unterrepräsentiert. Das belegt, dass die bisherige gesetzliche Regelung in Hessen zur Gleichberechtigung von Frauen keine Wirkung entfaltet“, sagte Alex. Damit der Öffentliche Dienst bei der Umsetzung der Gleichberechtigung von Frau und Mann Vorbild werde und damit auch auf den privaten Sektor ausstrahle, habe die SPD einen Gesetzentwurf für ein modernes Gleichberechtigungsgesetz vorgelegt. Die Anhörung dazu finde am 1. Oktober im Hessischen Landtag statt.



KEINE BEWEGUNG BEI INKLUSION IN KITAS

Scharfe Kritik an der schwarz-grünen Koalition im Hinblick auf die Inklusion in Kindertagesstätten hat der sozial- und familienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Gerhard Merz geübt. „Die gesetzliche Neuregelung stellt nahezu keine Verbesserung bei der finanziellen Förderung einer inklusiven frühkindlichen Bildung dar“, sagte Merz.



Der schwerste Mangel des Gesetzes sei, dass sich Schwarz-Grün nach wie vor weigere, Standards für die inklusive Betreuung, Erziehung und Bildung behinderter und nichtbehinderter Kinder im Gesetz zu verankern. „Das ist und bleibt im Zeitalter der UN-Behindertenrechtskonvention schlicht inakzeptabel.“

Impressum

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Redaktion:
Gert-Uwe Mende
(verantwortlich)
Katja Apelt
Gerfried Zluga
Martina Häusl-David